

Personen – Fakten - Trends

Jugendsynode 2018

Im Vorfeld der Bischofssynode, die sich im Oktober 2018 mit dem Thema „Kirche und Jugend“ beschäftigen wird, hat in den vergangenen Monaten auf ausdrücklichen Wunsch von Papst Franziskus weltweit nicht nur eine online-Umfrage unter Jugendlichen stattgefunden, um deren Wünsche und Empfehlungen in Erfahrung zu bringen. Gleichzeitig hatte der Vatikan in einer Fragebogenaktion die Bischofskonferenzen in aller Welt gebeten, die wichtigsten Erwartungen der Jugendlichen zu Papier zu bringen.

In der Antwort, die Deutschlands Bischöfe dieser Tage an das Synodensekretariat in Rom schickten, wird u.a. hervorgehoben, dass sich Jugendliche in der Kirche mehr authentische Glaubenszeugen, nachhaltige und dauerhafte Gesprächspartner, einen Glauben und eine Liturgie, die lebensrelevant und alltagsnah sind, sowie auch konkrete Veränderungen in dogmatischen Fragen.

Im Vatikan ist bislang noch keine Entscheidung darüber gefallen, wie die Jugendlichen an der Synode, die ja eine Bischofssynode ist, beteiligt werden können. Eine entsprechende Klärung soll im März 2018 auf einem vorsynodalen Treffen von Jugendlichen aus aller Welt in Rom herbeigeführt werden.

Myanmar: Massenflucht der Rohingya

Mehr als 600.000 Rohingya sind seit Ende August 2017 aus dem südostasiatischen Myanmar vor der Gewalt des Militärs ins Nachbarland Bangladesch geflüchtet.

Die Vereinten Nationen nannten die Vertreibung der Volksgruppe, die fast ausschließlich im westbirmanischen Bundesstaat Rakhine ansässig war und ist, ein „Lehrbuchbeispiel ethnischer Säuberung“.

Die Rohingya sind eine muslimische Minderheit im mehrheitlich buddhistischen Myanmar. Die Regierung des ehemaligen Birma betrachtet die Rohingya als „illegale Einwanderer“, die aus Bangladesch eingedrungen seien, und verweigert ihnen seit Jahrzehnten die Staatsbürgerschaft.

Die nach Bangladesch geflohenen Rohingya berichteten von gebrandschatzten Dörfern, von schweren Vergewaltigungsdelikten und von anderen Menschenrechtsverletzungen durch das Militär Myanmars.

Über eine eventuelle Rückführung der Flüchtlinge nach Myanmar gibt es nach Verhandlungen zwischen Bangladesch und Myanmar zwar Absichtserklärungen, doch sind bislang noch keine konkreten Schritte vereinbart worden.

Über die unmittelbaren Auswirkungen des Besuches von Papst Franziskus, der zwischen dem 27. November und 2. Dezember 2017 sowohl in Myanmar als auch in Bangladesch zu Gast war, lagen bis zur Drucklegung der Ausgabe 4/2017 von „imprimatur“ noch keine Meldungen vor.

Künftiger Innsbrucker Bischof fordert neue Besuchs-Kultur

Der künftige Innsbrucker Bischof Hermann Glettler "will keine Kirche von Funktionären, keine Kirche, die sich hinter Schreibtischen oder Computern versteckt". In einem ausführlichen Interview in der Kirchenzeitung "Tiroler Sonntag" erläuterte er seinen Wahlspruch "Geht, heilt und verkündet" und die damit verbundene Präferenz für eine einladende, notsensible, missionarisch-bewegliche Kirche gemäß dem Motto "Aufbrechen!", das die Diözese Innsbruck zu ihrem 50-Jahr-Jubiläum ausgab.

"Sesshaftigkeit" im Sinne von Bequemlichkeit sei quer durch die Jahrhunderte für die Kirche eine Versuchung gewesen - wie schon davor für das Volk Israel, so Glettler. Aber: "Gott will,

dass wir beweglich bleiben, weil er selbst höchste Lebendigkeit ist. Wir können ihn nicht festhalten und besitzen." Auch Jesus sei immer unterwegs gewesen, "das Gehen gehört zur Grundgrammatik unseres Glaubens". Konkret bedeutet dies für den Bischof etwa Interesse für das Leben der Menschen im unmittelbaren Lebensumfeld: "Kontakt aufnehmen, hingehen, anklopfen, besuchen, sich einladen lassen ... auch jene aufsuchen, die aufs Erste nicht so sympathisch sind." Die innere Beweglichkeit helfe auch, jene besser zu verstehen, die unfreiwillig ihre Heimat verlassen mussten. "Ihr Schicksal muss uns berühren", so Glettler. "Heilen" als zweites Verb in der Trias seines Wahlspruches hat laut dem Bischof neben der medizinischen Bedeutung auch den Sinn, "füreinander Sorge zu tragen, heilsam füreinander da zu sein" durch Aufmerksamkeit und Hinwendung, Versöhnung und Vergebung. Auch das Gebet für andere könne "Wunder wirken".

Der dritte Imperativ "Verkündet" bedeutet für den Bischof zunächst die "Predigt des alltäglichen Lebens". Glettler wörtlich: "Wenn ich gegenüber meinem Nachbarn ein ekelhafter Typ bin, dann kann ich ihm nichts von Gottes Güte erzählen." Wichtig sei darüber hinaus, in Worte zu fassen, was der Grund der Hoffnung ist, die einen gläubigen Menschen erfülle. Dies soll in "Normalsprache" erfolgen, riet Glettler, "nicht frömmelnd und nicht abgehoben theoretisch".

Sternberg als ZdK-Präsident wiedergewählt

Thomas Sternberg ist einstimmig als Präsident des höchsten repräsentativen Gremiums des deutschen Laien-Katholizismus wiedergewählt worden. Auf der letzten Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) wurde der 65-Jährige bei turnusgemäßen Wahlen klar in seinem Amt bestätigt. Er war der einzige Kandidat.

Hamburgs Erzbischof Stefan Heße, als "Geistlicher Assistent" des ZdK Bindeglied zur Deutschen Bischofskonferenz (DBK), gratulierte Sternberg und verlas Glückwünsche des DBK-Vorsitzenden Kardinal Reinhard Marx. Er bedankte sich für eine konstruktive und positive Zusammenarbeit sowie einen guten Austausch. "Wenn wir auch manche strittige Debatte austragen, so eint uns das Ziel, Zeugnis unseres christlichen Glaubens in Kirche und Gesellschaft zu geben."

Sternberg war von 2005 bis 2017 CDU-Landtagsabgeordneter in Nordrhein-Westfalen und von 1988 bis 2016 Direktor der Katholischen Akademie in Münster. Vor zwei Jahren wurde er als Nachfolger des damaligen ZdK-Präsidenten Alois Glück gewählt, der sein Amt nach sechs Jahren niedergelegt hatte.

Das Katholiken-Komitee sei weder links noch rechts, sagte Sternberg vor seiner Wiederwahl. Es repräsentiere vielmehr "den deutschen Katholizismus in seinen vielen Ausprägungen und hat sich nie - was überhaupt für eine alberne Vorstellung - gegen die Kirche gestellt", verwahrte er sich gegen Vorwürfe, das Gremium wende sich gegen Kirche oder Papst.

"Zugegeben, die Papsttreue ist manchem vielleicht schon einmal schwerer gefallen als in den letzten Jahren", meinte Sternberg. "Aber für das ZdK kann ich sagen: Entgegen allen Etikettierungen, mit denen das gerne in Zweifel gezogen wird: Wir waren immer papsttreu." Dies sei immer eine Selbstverständlichkeit gewesen. Das ZdK sei nie eine Gegnerin der Kirche gewesen. Das Gremium sei oft kritisch. Man arbeite aber gemeinsam an einem Ziel, betonte Sternberg.

Vatikan: Teilhard de Chardin soll rehabilitiert werden

Der Päpstliche Kulturrat will Papst Franziskus um eine Rehabilitierung des französischen Naturwissenschaftlers und Priesters Pierre Teilhard de Chardin bitten. Bei der jüngsten Vollversammlung des Rates wurde laut italienischen Medien eine entsprechende Petition verabschiedet, die dem Papst in diesen Tagen vorgelegt werden soll.

Der Philosoph, Paläontologe und Jesuit Pierre Teilhard de Chardin (1881-1955) war lange Zeit von der katholischen Kirche kritisch gesehen worden, u.a. wegen seiner Auffassungen zur Evolutionstheorie. Bereits kurz nach der Veröffentlichung seiner ersten Aufsätze wurde ihm die Publikation weiterer theologischer und philosophischer Texte verboten.

Sieben Jahre nach seinem Tod erklärte der Vatikan, die theologischen und philosophischen Texte Teilhard de Chardins enthielten schwere Irrtümer bezüglich der katholischen Glaubenslehre. Einzelne Werke oder genauere Aussagen wurden jedoch nicht explizit genannt.

Das Heilige Offizium, das in etwa der heutigen Glaubenskongregation entspricht, warnte damals vor seinen Texten. Ihre Lektüre war in katholischen Bildungseinrichtungen verboten. Papst Franziskus, der selbst dem Jesuitenorden angehört, zitierte Teilhard de Chardin in seinem Schreiben "Laudato si" aus dem Jahr 2013 (Nummer 83). Auch Johannes Paul II. und Benedikt XVI. hatten sich auf ihn bezogen.

Der Kulturrat regt an, noch weiter zu gehen: Eine Rehabilitierung könne Teilhards Bemühungen würdigen, die Sicht der Wissenschaft auf das Universum mit der christlichen Weltsicht (Eschatologie) zu versöhnen. Darüber hinaus könne sie ein Impuls für "alle Theologen und Wissenschaftler guten Willens" sein, gemeinsam an einem christlich-anthropologischen Modell im Sinne des Papstschreibens "Laudato si" zu arbeiten.

El Salvador: Bald Prozess gegen die Jesuiten-Mörder?

Im zentralamerikanischen El Salvador haben die Jesuiten die Wiederaufnahme eines Verfahrens gegen jene Militärs beantragt, die unter dem dringenden Tatverdacht stehen, 1989 an der Ermordung von sechs Ordensmitgliedern (fünf davon Spanier) auf dem Gelände der Katholischen Universität UCA in der Hauptstadt des Landes beteiligt gewesen zu sein. Zu den Tatverdächtigen gehört der in den USA einsitzende Ex-Oberst Inocente Orlando Montano. Seiner Auslieferung steht inzwischen nichts mehr im Wege, nachdem ein US-amerikanisches Gericht einem entsprechenden Antrag Spaniens stattgegeben hatte. Montana wird vorgeworfen, das Massaker geplant zu haben. Unter den Opfern befand sich 1989 der bekannte Befreiungstheologe Ignacio Ellacuria sowie die Haushälterin der Jesuiten und deren 15-jährige Tochter.

Rechtskräftig zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt wurde wegen des Massakers lediglich ein Militärangehöriger. Spanische Auslieferungsgesuche gegen weitere der Mittäterschaft verdächtige Militärs lehnte die salvadorianische Justiz bislang immer ab.

Kein Zurück zur tridentinischen Messe

Papst Franziskus hat eine Rückkehr zur alten lateinischen Messe ausgeschlossen. Die Liturgiereform nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1962-1965) sei "unumkehrbar", sagte er vor Teilnehmern einer liturgiewissenschaftlichen Tagung in Rom. Allerdings gelte es Oberflächlichkeiten und entstellende Praktiken zu beenden. Dies heiße jedoch nicht, die Entscheidungen der Reform generell zu überdenken, sondern deren Motive in Erinnerung zu rufen.

Auf die von seinem Vorgänger Benedikt XVI. (2005-2013) gewährten Erleichterungen für Gottesdienste nach dem Messbuch von 1962 ging Franziskus in seiner Ansprache nicht ein. Vor zehn Jahren, am 14. September 2007, wurde die auch als "tridentinische Messe" bekannte Liturgie als "außerordentliche Form" des römischen Ritus wieder zugelassen.

Im Zweiten Vatikanischen Konzil, so Papst Franziskus, seien die liturgischen Reformvorhaben gewissermaßen zur „Reife“ gekommen. Die hier beschlossene Liturgiereform habe den konkreten Bedürfnissen der Gläubigen entsprochen, damit eine "lebendige Liturgie" für die gesamte Kirche gefunden werden konnte. Großes Anliegen sei es dabei gewesen, den Gläubigen eine aktive Rolle zu geben und sie nicht einfach zu „Zuschauern“ zu degradieren. Die Liturgie sei von ihrer Natur Liturgie des Volkes und nicht des Klerus, betonte der Papst. "Es ist das Handeln Gottes selbst für sein Volk, aber auch das Handeln des Volkes, das Gott, der spricht, hört und mit Lob antwortet."

Kanada: Bischöfe kritisieren Bergbauunternehmen

Die Kanadische Bischofskonferenz hat international tätigen Bergbauunternehmen des Landes "unethisches" Verhalten vorgeworfen und von der Regierung schärfere Regulierungen verlangt. "Wir können die unethische Weise nicht akzeptieren, wie kanadische Minenbetreiber in Lateinamerika oder anderen Regionen der Welt vorgehen", heißt es in einem Brief an Ministerpräsident Justin Trudeau. Sie nähmen offenbar das Fehlen wirksamer Regeln zum Vorwand, ihre ethische Verantwortlichkeit abzugeben, kritisiert die Bischofskonferenz in dem Schreiben, über das der römische Nachrichtenblog "Il Sismografo" berichtete.

"Wir haben von Berichten gehört, wonach Drohungen, Gewalt, Erpressung und sogar Mord benutzt wurden, um den Fortschritt von 'big business' und Industrie voranzutreiben", schreiben die Bischöfe. "Wir können nicht gleichgültig bleiben gegenüber dem Schrei der Armen und den Auswirkungen der Umweltschäden auf unser gemeinsames Haus."

Bei der Kontrolle, Gewinnung, Verarbeitung und Handel der Bodenschätze würden bewaffnete Gruppen bezahlt, die mit Gewalt die besonders verwundbaren Bevölkerungen behinderten und gefährdeten.

Schon seit Jahren beobachte die Kirche mit Besorgnis die Ausbeutung von Land, von indigenen Völkern und armen Gemeinden durch kanadische Bergbaugesellschaften, kommentierte Bischof Douglas Crosby von Hamilton, der Vorsitzende der Bischofskonferenz, das Schreiben, welches u.a. auch an den Außen-, den Umwelt- und den Indigenen-Minister Kanadas gegangen war.

Schon früher hatten Kirchenvertreter öffentlich bedauert, dass die kanadische Regierung Bergbauunternehmen diplomatisch wie auch finanziell unterstütze, obwohl sie erwiesenermaßen in Menschenrechtsverletzungen verwickelt seien. In zahlreichen Ländern Lateinamerikas gingen die Unternehmen rücksichtslos gegen Natur und betroffene Anwohner vor, lautete die Kritik von kirchlicher Seite.

Schweiz: Konflikt mit „lehramtstreuen“ Katholiken

In einem Beitrag für die Neue Zürcher Zeitung (NZZ 24.11.2017) vertritt der in Luzern lehrende Ethiker Markus Arnold die Auffassung, dass man bei den im Bistum Chur sowie im Erzbistum Liechtenstein aktiven ultrakonservativen Katholiken inzwischen durchaus von einer „Parallelkirche“ sprechen könne.

Diese Minderheit „lehramtstreuer“ Katholiken, die sich in letzter Zeit immer häufiger über „mangelnde Meinungsfreiheit“ in der Schweiz beklage, so Arnold, orientiere sich direkt an den ihr genehmen Bischöfen (Vitus Huonder in Chur sowie Wolfgang Haas in Liechtenstein) und habe eine geschlossene Subkultur entwickelt.

Wörtlich sagt Arnold über die Erkennungsmerkmale dieser Katholiken: „Sie verweigern den Dialog vor Ort. Sie stehen ein für den wahren Glauben, der keine Toleranz kennt.“ Während sie selbst meinten, den Unglauben nicht tolerieren zu dürfen, wollten sie alle anderen verpflichten, den „wahren Glauben“ zu tolerieren.

Kardinal Müller warnt vor Spaltung

Der ehemalige Chef der Glaubenskongregation im Vatikan, Kardinal Gerhard Ludwig Müller, hat vor einer Spaltung in der katholischen Kirche gewarnt. Es drohe die Gefahr, dass ein Teil der Katholiken sich desorientiert und enttäuscht abtrenne, sagte Müller der italienischen Tageszeitung "Corriere della Sera". Die Kirche müsse aus dem "protestantischen Schisma Martin Luthers" Lehren über zu vermeidende Fehler ziehen.

Müller verlangte von der Kirchenleitung, sie müsse "diejenigen anhören, die ernste Fragen oder berechnete Beschwerden haben, nicht sie ignorieren oder, schlimmer noch, demütigen". Er selbst sei bei Papst Franziskus von anonymen Zuträgern verleumdet worden, "die besser einen Seelenklempner aufgesucht hätten".

Der Ex-Chef der Glaubensbehörde sagte, es gebe Spannungen zwischen einem traditionalistischen Lager "auf einigen Internetseiten" und einer ebenso übertrieben liberalen Front. In beiden Fällen handle es sich um Minderheiten. Wenn aber die römische Kurie als ungerecht wahrgenommen werde, könne "eine schismatische Dynamik in Gang kommen, die schwer einzufangen ist".

So dürften die Kardinäle, die Zweifel an der Morallehre des Papstes geäußert hatten, und andere Kritiker nicht als Scheinheilige und Grantler abgetan werden. Nötig sei ein "klarer und aufrichtiger Dialog".

Müller plädierte dafür, die von Papst Franziskus ausgerufene Phase der Kirche als "Feldlazarett" möglichst bald zu beenden. Die "Volkstheologie einiger Monsignori" genüge ebenso wenig wie die "zu journalistische" Theologie von anderen. Nötig sei darüber hinaus eine „Theologie auf akademischem Niveau“, so der frühere Regensburger Dogmatiker.